

# Mehr Geld für Soziales *und* Verteidigung? – Mehrarbeit würde enorme Spielräume für Deutschland eröffnen

Standpunkt, Januar 2024

**Kontakt:** Dr. Cornelius Plaul  
Tel. 0351 25593-604 . [cornelius.plaul@imreg.de](mailto:cornelius.plaul@imreg.de)

## Abstract

Deutschlands Wirtschaft hat seit den Verwerfungen der Coronakrise sowie des Ukraine-Krieges den Anschluss verloren und bildet das internationale Schlusslicht beim Wachstum. Dabei leistet sich das Land trotz demografischem Wandel und den damit verbundenen Herausforderungen für Staat und Gesellschaft die niedrigste Arbeitszeit aller OECD-Staaten.

Dabei steckt in einer Ausweitung der Arbeitszeit gewaltiges Potenzial. Deutschland könnte rechnerisch schon zur drittgrößten Volkswirtschaft gehören und ein Wohlstandsniveau wie das rohstoffreiche Australien erreichen, wenn es nur so viel durchschnittlich arbeiten würde wie es die Schweiz heute tut – oder Deutschland selbst noch im Jahr 2000.

Die zusätzliche Wirtschaftsleistung könnte einen enormen Beitrag leisten, um die finanzielle Stabilität des Sozialsystems zu gewährleisten und gleichzeitig die Verteidigungsausgaben auf ein angemessenes Niveau zu heben. Der Staat muss jedoch die richtigen Anreize hierfür setzen.

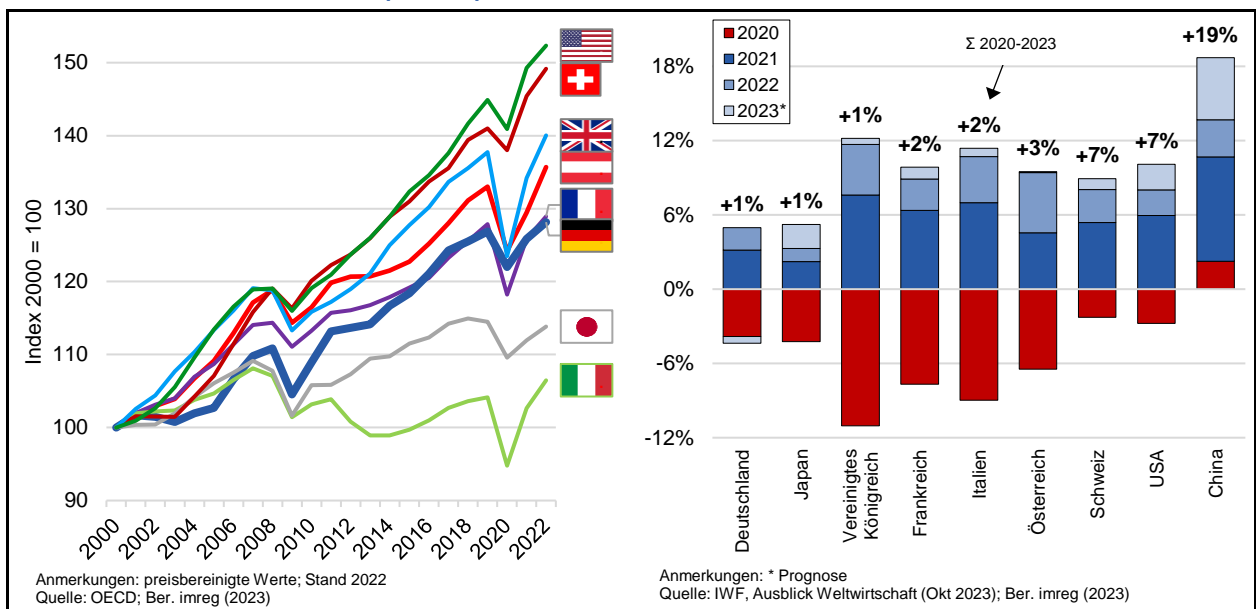
## Deutsche Wachstumsschwäche hält schon seit vielen Jahren an

Deutschland leidet schon seit Jahren unter einer veritablen Wachstumsschwäche. Lange Zeit konnte die starke Weltkonjunktur die strukturellen Probleme des Landes noch kaschieren, doch seit der holprigen Post-Corona-Phase mit ausgeprägten Material- und Lieferengpässen und spätestens seit dem russischen Überfall auf die Ukraine und den damit einhergehenden Preisexplosionen am Energiemarkt kommen die Schwächen des Standorts ungefiltert ans Tageslicht: sehr hohe Preise für Energie im Allgemeinen und Strom im Speziellen, ein ausgeprägter Fachkräftemangel, überbordende Bürokratie sowie eine sehr hohe Steuer- und Abgabenlast, der jedoch nur ein mittelmäßiges Qualitätsniveau bei Infrastruktur und Bildung gegenübersteht<sup>1</sup>. So begann vor gut zehn Jahren ein bis dato anhaltender Verlust bei der Wettbewerbsfähigkeit, weshalb Analysten in der Bundesrepublik fast 20 Jahre nach den beherzten – und im Hinblick auf die Arbeitsmarktentwicklung äußerst erfolgreichen – „Hartz-Reformen“ wieder den „kranken Mann Europas“<sup>2</sup> sehen.

Lässt man die Fälle Japans und Italiens beiseite, die eine ganz besonders schwache wirtschaftliche Entwicklung seit 2000 zu verzeichnen hatten, die auf landesspezifische Umstände zurückzuführen ist, konnte Deutschland noch lange mit den sich dynamisch entwickelnden Volkswirtschaften mithalten, wenngleich sich der Rückstand gegenüber Großbritannien, der Schweiz und den USA stetig

vergrößerte. Doch am aktuellen Rand zeigt sich, dass keine Volkswirtschaft derart große Probleme hatte, auf die durch die Nachwehen der Coronakrise gestörten globalen Lieferketten und die durch den Ukraine-Krieg in die Höhe geschossenen Energiepreise zu reagieren. So ist Deutschland internationales Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in den Jahren 2020 bis 2023. Konkret bedeutet dies: Während China seine Wirtschaftsleistung seither um fast ein Fünftel steigern konnte und die USA und die Schweiz um immerhin 7%, stagniert Deutschland und verharrt somit annähernd auf dem Niveau des Jahres 2019.

**Abbildung 1: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ausgewählter OECD-Staaten (links) und Wachstumsraten 2020-2023 (rechts)**

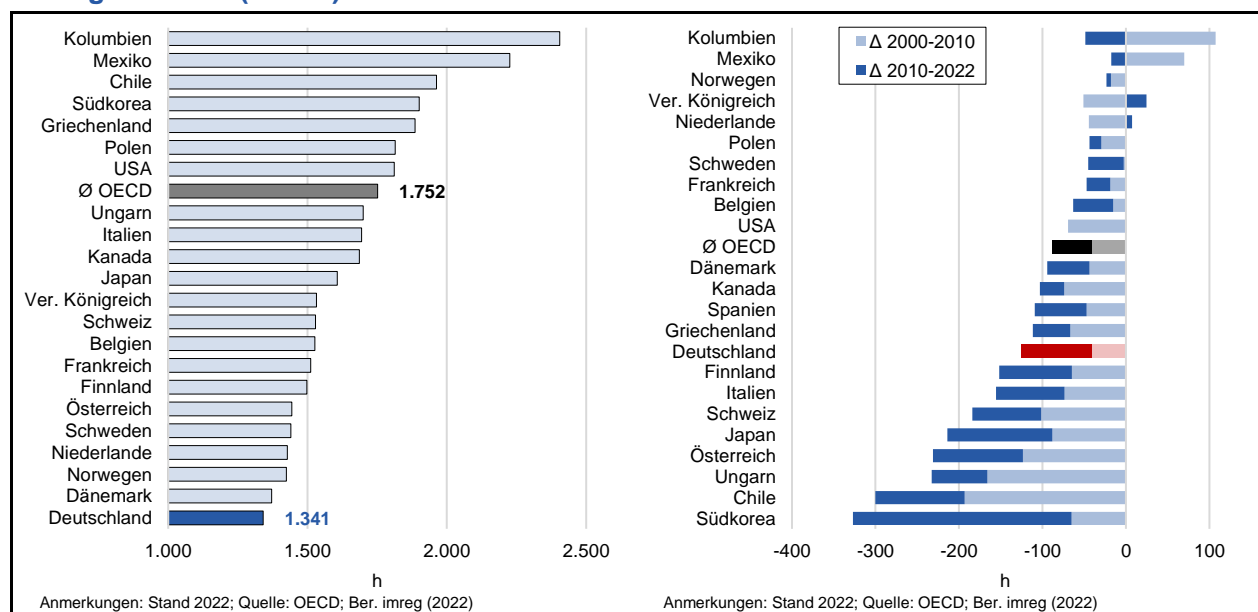


Das schwache Wirtschaftswachstum bleibt nicht ohne Folgen für Deutschlands Position in der internationalen Wohlstandsrangfolge. Erreichte die Bundesrepublik beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in den Spitzenjahren der 1990er-Jahre noch 79% des Wertes der USA, ist dieses Verhältnis bis zum aktuellen Rand um 10%-Punkte geschrumpft. D.h. die deutsche Wirtschaftsleistung pro Kopf erreicht inzwischen nur noch etwas mehr als zwei Drittel des US-Wertes. Ähnliche Veränderungen gab es gegenüber dem Vereinigten Königreich, dessen Wirtschaftsleistung pro Kopf vor 30 Jahren sogar noch leicht übertroffen wurde, mittlerweile aber etwa 10% höher liegt als in Deutschland. Auch die deutschen Nachbarländer Österreich (+8%) und Niederlande (+17%) weisen eine signifikant höhere Wirtschaftsleistung je Einwohner auf. Im Falle der Schweiz hat sich die Lücke in den letzten 30 Jahren zwar etwas geschlossen, allerdings liegt der eidgenössische Vergleichswert noch immer bei mehr als dem Doppelten der Bundesrepublik (+108%).<sup>3</sup>

## Kein Land arbeitet so kurz wie Deutschland – Globale Arbeitszeiten lange rückläufig

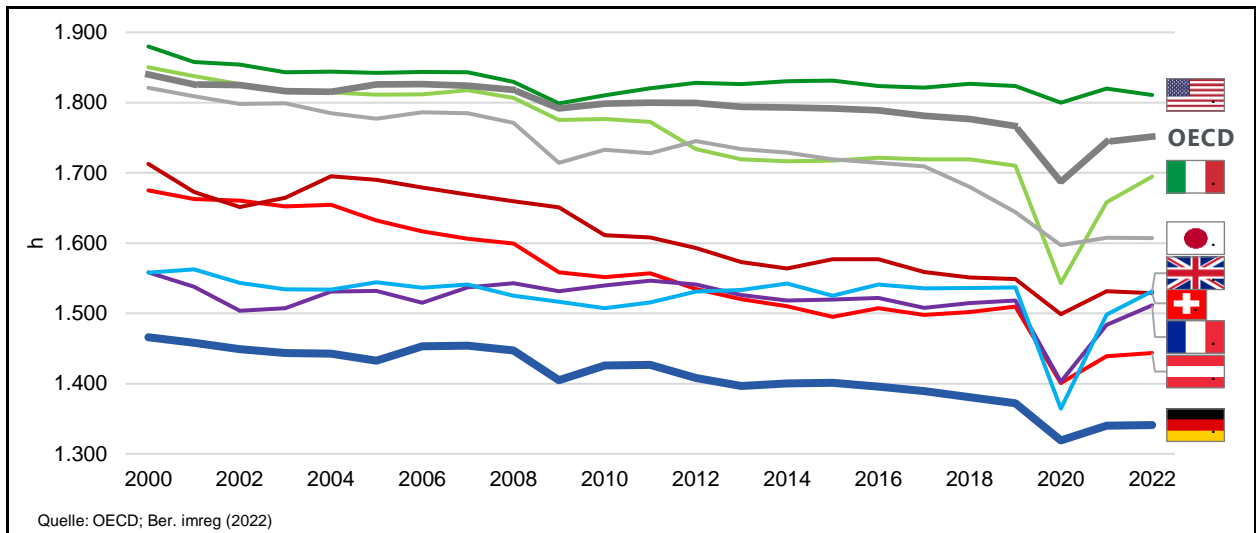
Mit rund 1.300 Stunden weist kein Land auf der Welt so niedrige Arbeitszeiten auf wie Deutschland. Der Durchschnitt der OECD-Länder liegt rund 400 Stunden höher, was 51 zusätzlichen Arbeitstagen (à 8 Stunden) entspricht. Ein deutscher Erwerbstätiger arbeitet damit im Durchschnitt nur 30,5 Stunden pro Woche, während es im OECD-Durchschnitt 39,8 Stunden sind<sup>4</sup>. Ursächlich ist ein Mix aus überdurchschnittlich hohem Teilzeitanteil<sup>5</sup>, unterdurchschnittlichen (tariflichen) Wochenarbeitszeiten<sup>6</sup> und speziell in den letzten Jahren einer umfangreichen Inanspruchnahme von Kurzarbeit<sup>7</sup>. Generell existiert ein globaler Trend hin zu immer niedrigeren Arbeitszeiten. Allerdings hat sich dieser in der Mehrzahl der OECD-Staaten im Zeitraum 2010-2022 – trotz verringerter Arbeitszeiten während der Coronakrise – gegenüber 2000-2010 verlangsamt. In Litauen, Mexiko und Kolumbien ist die geleistete Arbeitszeit seit 2010 sogar wieder gestiegen.

**Abbildung 2: Durchschnittliche Jahresarbeitszeit aller Erwerbstätigen 2022 (links) und Veränderung seit 2000 (rechts)**



Die Sonderrolle Deutschlands bei den Arbeitszeiten wird auch im langfristigen Rückblick deutlich. Seit 2000 wurde durchweg in keinem anderen Land so wenig gearbeitet wie in der Bundesrepublik. Der fast lineare Abwärtstrend in Deutschland steht zudem im Kontrast zu westeuropäischen Staaten wie Frankreich und England sowie den USA, wo die Arbeitszeiten in den vergangenen fünf Jahren praktisch stagnierten und auch im langfristigen Vergleich nur leicht gesunken waren.

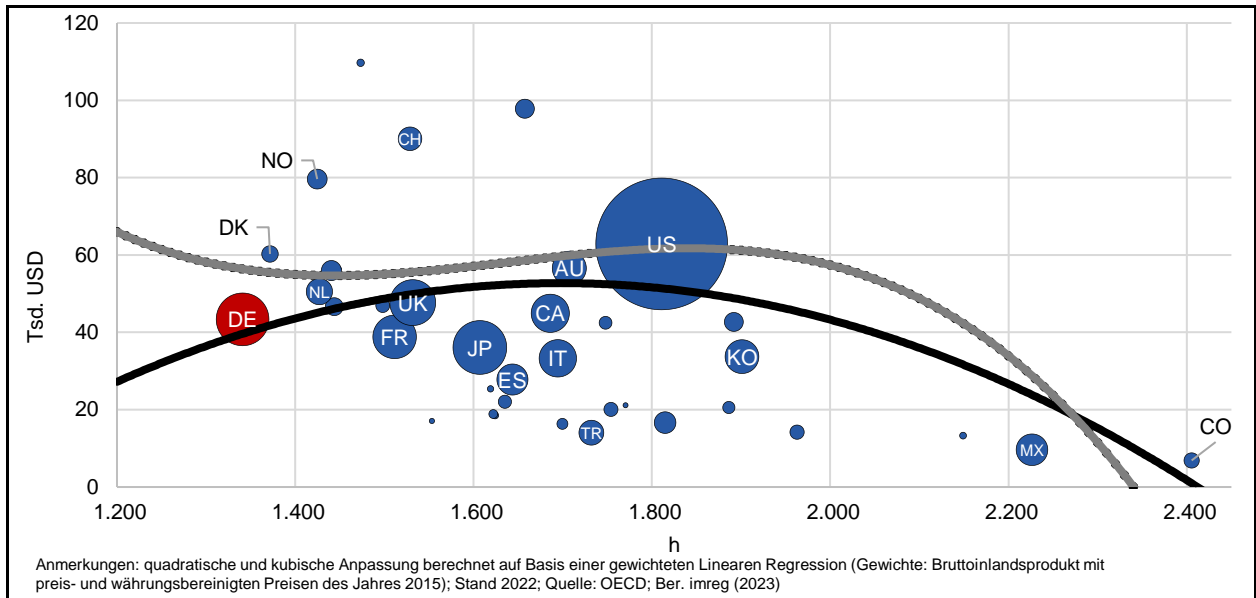
**Abbildung 3: Entwicklung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit aller Erwerbstätigen**



Zu beachten ist dabei, dass die Arbeitszeit in Deutschland auch deshalb so gering sein könnte, weil möglicherweise ältere Beschäftigte (65+ Jahre) hier häufiger am Erwerbsleben teilnehmen als in anderen Ländern, jedoch kürzer arbeiten und so den Durchschnitt nach unten drücken. Die OECD-Daten zur durchschnittlichen Jahresarbeitszeit lassen leider keine Unterscheidung nach Altersgruppen zu. Andere Statistiken zeigen jedoch, dass die Arbeitszeit älterer Beschäftigter deutlich niedriger ist<sup>8</sup>. Andererseits sind nur rund 10% der Beschäftigten älter als 60 Jahre (davon 1,4% älter als 65 Jahre)<sup>9</sup>.

Betrachtet man den Zusammenhang zwischen durchschnittlich geleisteter Arbeitszeit und dem BIP je Einwohner zwischen den OECD-Staaten, fällt auf, dass es in der Gesamtschau eine negative Korrelation gibt: niedrige Arbeitszeiten gehen einher mit höherem Einkommen. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht linear. Eine angepasste Kurve mit quadratischer bzw. kubischer Struktur zeigt, dass sich Deutschland in beiden Fällen an einer Position befindet, in der höhere Arbeitszeiten mit höherem Einkommen korrespondieren<sup>10</sup>. Ein Umkehrpunkt wird demgemäß erst erreicht, wenn die jährliche Arbeitszeit mehr als 1.700 (quadratisch) bzw. 1.800 Stunden (kubisch) erreicht. Grund hierfür ist, dass zahlreiche Staaten mit höherer Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung als Deutschland auch deutlich länger arbeiten.

**Abbildung 4: Empirischer Zusammenhang zwischen durchschnittlicher Jahresarbeitszeit und Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im OECD-Vergleich**



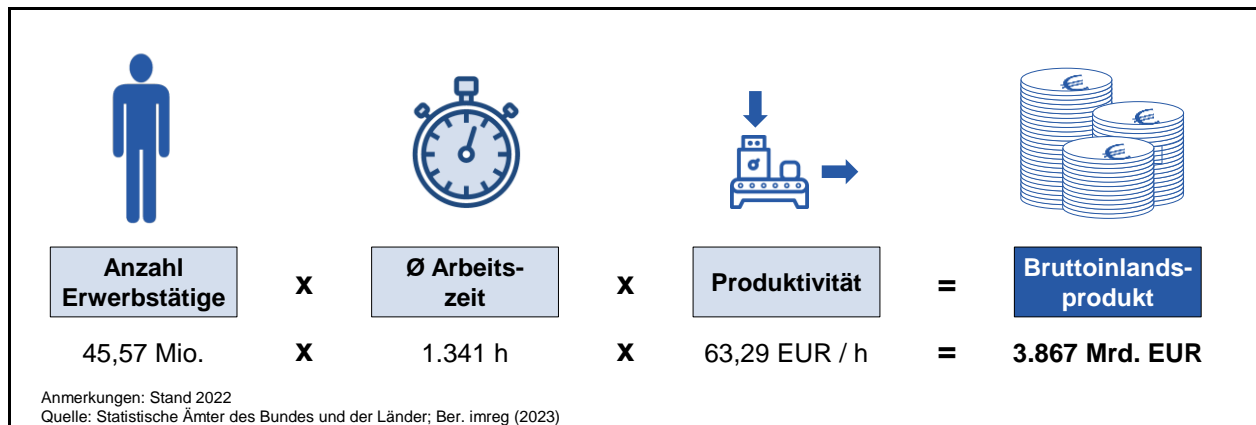
Salopp ließe sich der Zusammenhang (unter Umkehrung der Kausalrichtung) folgendermaßen interpretieren: Entweder ist die Produktivität so niedrig, dass die Menschen gezwungen sind, viel zu arbeiten, um ein gewisses Wohlstandsniveau zu erreichen (z.B. Mexiko und Costa Rica) oder die Produktivität ist so hoch, dass man sich relativ kurze Arbeitszeiten „leisten“ kann (z.B. Dänemark, Norwegen und Schweiz)<sup>11</sup>. Deutschlands Position ist in diesem Sinne ungewöhnlich: Denn im Vergleich zur niedrigen durchschnittlichen Arbeitszeit ist die durchschnittliche Wirtschaftsleistung im internationalen Vergleich zu gering bzw. im Vergleich zur durchschnittlichen Wirtschaftsleistung ist die Arbeitszeit zu „gering“. D.h. dass sich Deutschland volkswirtschaftlich betrachtet, einerseits auf seiner relativ hohen Produktivität „ausruht“, aber andererseits auch noch viel Potenzial für mehr Wohlstand hat, wenn mehr gearbeitet werden würde. Dies gilt natürlich nur, sofern sich das Zusammenspiel der Indikatoren in der Bundesrepublik nicht völlig anders verhalten würde als bspw. in seinen Nachbarländern Österreich oder den Niederlanden, was jedoch unplausibel wäre.

## In einer Ausweitung der Arbeitszeiten steckt enormes Potenzial zur Steigerung des Wohlstandsniveaus

In der entstehungsseitigen Betrachtung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist das BIP als gesamtwirtschaftliches Einkommen eines Kalenderjahrs das Produkt der Faktoren Erwerbstätigenzahl („Wie viele Personen tragen zur Erwirtschaftung des Einkommens bei?“), Arbeitszeit („Wie viele Stunden arbeitet ein Erwerbstätiger durchschnittlich pro Jahr?“) und der Produktivität („Wie viel sind die in einer Arbeitsstunde hergestellten Produkte oder Dienstleistungen durchschnittlich wert?“)<sup>12</sup>.

Am Beispiel Deutschlands heißt dies beispielsweise, dass rund 45,6 Mio. Erwerbstätige im Jahr 2022 im Durchschnitt 1.341 Stunden arbeiteten und dabei 63,29 EUR je Arbeitsstunde erwirtschafteten. Dies resultiert in einem gesamtwirtschaftlichen Einkommen von 3,87 Bio. EUR, was dem BIP entspricht (Abbildung 5)<sup>13</sup>. Damit wird schnell deutlich, dass die durchschnittliche Arbeitszeit eine entscheidende Stellschraube für die Generierung von Wohlstand ist. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Erwerbstätigen durch natürliche Bevölkerungsveränderungen sowie Migration und die Produktivität durch den technischen Fortschritt determiniert und daher nur mittel- bis langfristig signifikant veränderlich sind. Kurzfristig sind diese Faktoren weitestgehend starre Größen.

**Abbildung 5: Rolle von Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Produktivität in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**



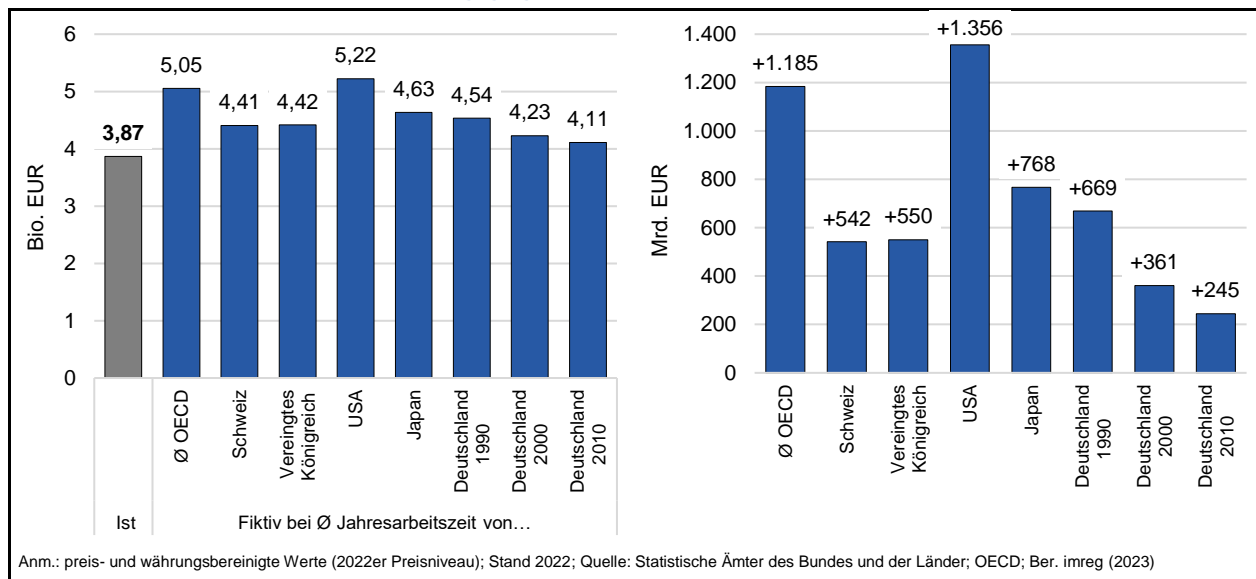
Im Folgenden soll eine einfache Simulationsrechnung durchgeführt werden. Unter der Prämisse, dass die stündliche Arbeitsproduktivität Deutschlands unverändert bleibt, soll das BIP (je Einwohner) ermittelt werden, dass Deutschland theoretisch erzielen würde, wenn die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden statt auf dem Ist-Stand (1.341 h) auf dem Niveau läge von:

- dem OECD-Durchschnitt (1.752 h)
- der Schweiz (1.529 h)
- dem Vereinigten Königreich (1.532 h)
- den USA (1.811 h)
- Japan (1.607 h)
- Deutschland im Jahre 1990 (1.573 h)
- Deutschland im Jahre 2000 (1.466 h)
- Deutschland im Jahre 2010 (1.426 h).

Die Ergebnisse des fiktiven BIP machen deutlich, dass die Arbeitszeit ein sehr wirkmächtiger Hebel zur Steigerung der Wirtschaftskraft sein kann. Im Extremfall – wenn in Deutschland so viel gearbeitet würde wie in den USA – läge das BIP bei gleicher Produktivität um 1,36 Bio. EUR über dem Ist-Wert. Würde sich Deutschland dem Niveau des Nachbarlandes Schweiz angleichen, wäre ein Zu-

wachs von über 500 Mrd. EUR möglich und selbst wenn Deutschland wieder auf das Arbeitszeitniveau zurückkehren würde, dass es noch 2010 geleistet hat, entspräche dies einem Zuwachs von immerhin noch 245 Mrd. EUR.

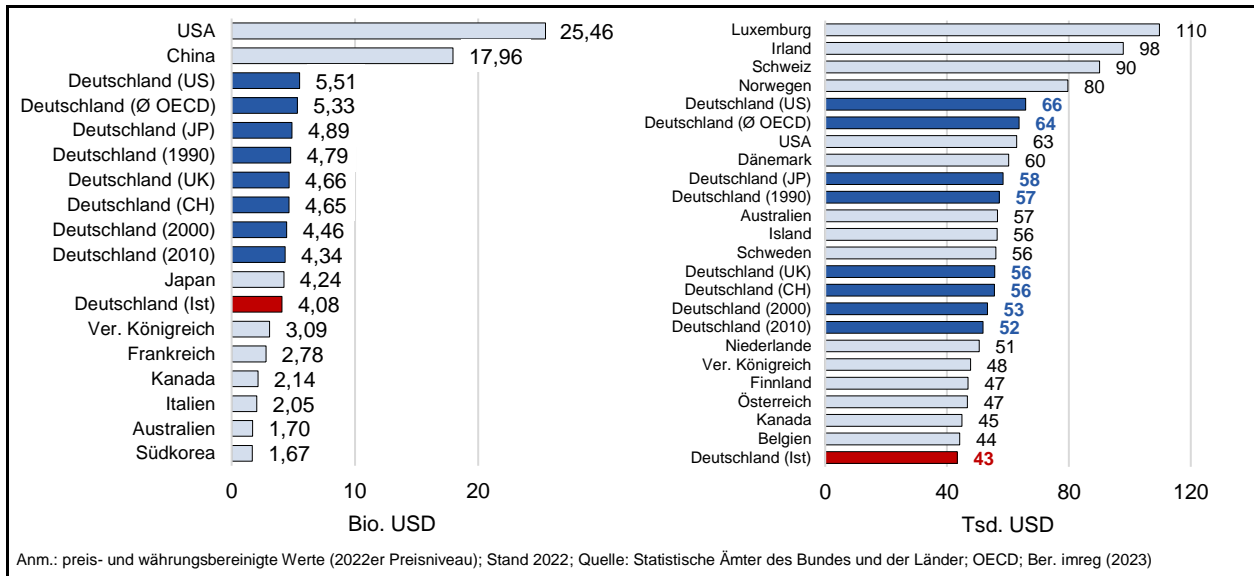
**Abbildung 6: Bruttoinlandsprodukt 2022 im Falle einer fiktiven Arbeitszeiterhöhung: absolutes Niveau (links) und Veränderung gegenüber dem Status quo (rechts)**



In den Ranglisten der größten Volkswirtschaften könnte Deutschland selbst bei einer Erhöhung auf sein durchschnittliches Arbeitsvolumen aus dem Jahr 2010 Japan als drittgrößte Volkswirtschaft der Erde knapp ablösen. Bezogen auf den aus individueller Sicht bedeutsameren Indikator des BIP je Einwohner würde sich Deutschland bereits bei einer Rückkehr auf sein 2010er Arbeitszeitvolumen im OECD-Ranking um sechs Plätze verbessern und immerhin Rang 10 erreichen. Eine Ausweitung der jährlichen durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit auf das Niveau des Jahres 1990 (oder wahlweise den aktuellen Wertes Japans) läge die durchschnittliche Wirtschaftskraft höher als in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten Island und Schweden als auch im rohstoffreichen Australien. Die relativ hohe Produktivität Deutschlands führt dazu, dass bei einer Arbeitszeitausweitung auf das US-amerikanische (oder das japanische) Niveau das BIP je Einwohner sogar höher läge als in den USA (oder Japan).



**Abbildung 7: Rangliste der Länder mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt 2022 im Falle einer fiktiven Arbeitszeiterhöhung in Deutschland: Gesamt (links) und je Einwohner (rechts)**



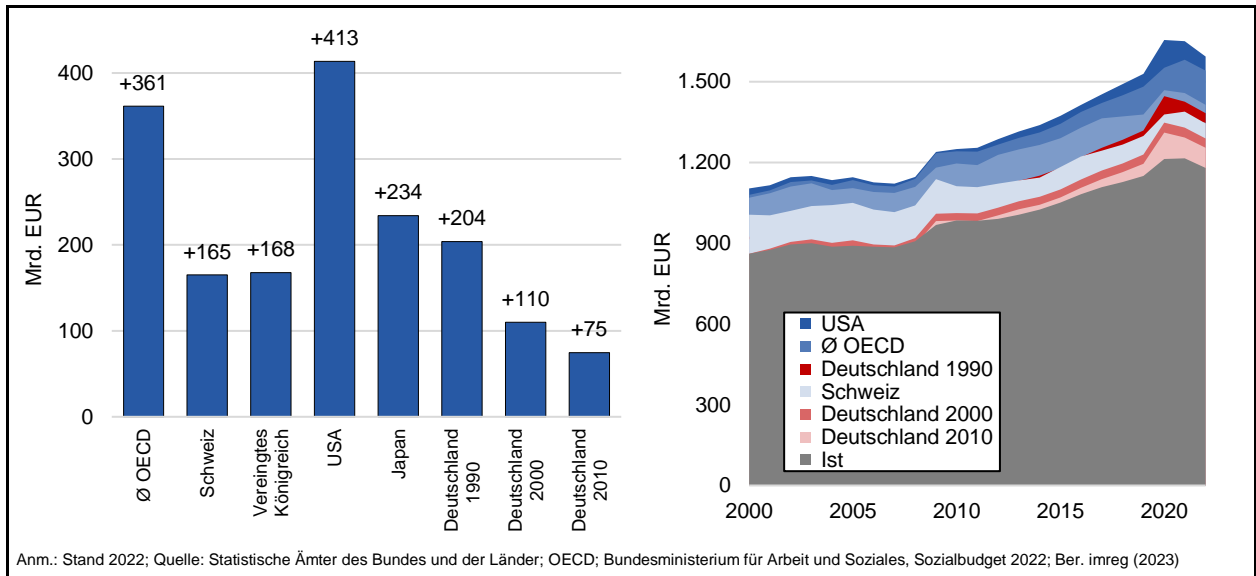
## Längere Arbeitszeiten würden das Sozialsystems stabilisieren...

Deutschland leistet sich einen umfangreichen Sozialstaat. Fast ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung fließen entweder direkt in die Sozialversicherungssysteme (Renten-, Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenversicherung) oder werden diesem über Steuerumverteilung zugeführt. Das Sozialbudget, in welchem all diese Transaktionen aggregiert werden, belief sich im Jahr 2022 auf 1,18 Bio. EUR bzw. 30,5% des deutschen BIP<sup>14</sup>. Unterstellt man, dass bei höherem BIP ein gleicher großer Anteil an der Wirtschaftsleistung in die Sozialsysteme fließen würde, führte eine Ausweitung der Arbeitszeit zu teils massiven Mehreinnahmen und trüge somit erheblich zur Stabilisierung des bereits heute nicht mehr vollständig durchfinanzierten Systems<sup>15</sup> bei.

Je nach Ausmaß der Arbeitszeitausweitung könnte das Sozialbudget Deutschlands zwischen 75 (Rückkehr zum Arbeitszeitvolumen Deutschlands im Jahre 2010) und über 400 Mrd. EUR (Arbeitszeitvolumen der USA) höher liegen als zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Dies stellte eine enorme Entlastung für die Beitrags- bzw. Steuerzahler dar. Im Gegenzug könnten die durchschnittlichen Beiträge gesenkt oder die Zuschüsse des Staates reduziert werden. Die auf staatlicher Seite freigewordenen Mittel könnten wiederum investiert werden, bspw. um Deutschlands im internationalen Vergleich nur noch mittelmäßige Infrastruktur zu modernisieren.



**Abbildung 8: Sozialbudget im Falle einer fiktiven Arbeitszeiterhöhung: Zusätzliche Einnahmen 2022 gegenüber Ist-Wert (links) und Entwicklung seit 2000 (rechts)**



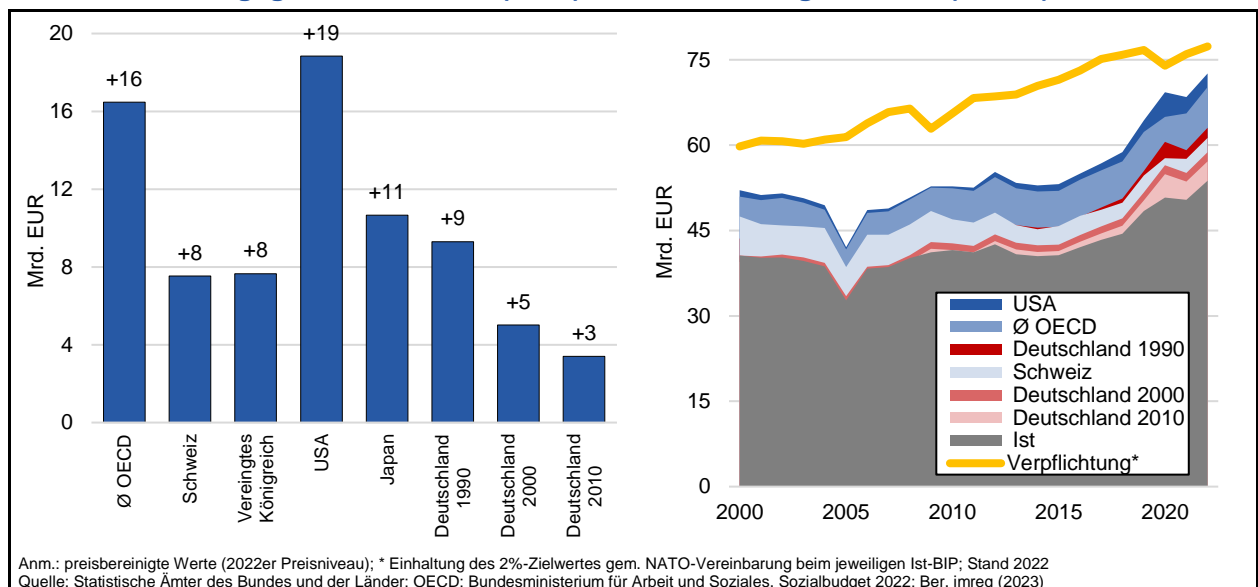
Zugegeben ist die hier getroffene Annahme, dass der Anteil der Sozialausgaben am BIP konstant bleiben würde, stark vereinfacht. Denn bei höheren Einkommen würde u.a. das Einkommen von mehr Beschäftigten oberhalb der jeweiligen Beitragsbemessungsgrenzen liegen. Dadurch würden die Einnahmen der Sozialversicherung in diesen Fällen gleichbleiben, selbst wenn die Wirtschaftsleistung höher läge. Doch zumindest können die Werte eine grobe Orientierung geben.

### ...höhere Verteidigungsausgaben erlauben...

Ähnlich intensiv wie die in einem Sozialstaat wie Deutschland dauerhaft geführte Debatte um Leistungsumfang und Finanzierung der Sozialsysteme wurde in den vergangenen Jahren über das Verteidigungsbudget der Bundesrepublik diskutiert. Das als Reaktion auf die russische Annexion der Krim sowie der ostukrainischen Gebiete um Luhansk und Donezk im Jahr 2014 zwischen den NATO-Staaten vereinbarte Ziel, mindestens 2% des BIP in die Verteidigung zu investieren<sup>16</sup>, hat Deutschland jedoch – sehr zum Ärger seiner Verbündeten – nie eingehalten. Zu groß schienen die Verteilungskonflikte einerseits und zu gering die Relevanz einer angemessenen Landesverteidigung andererseits. Doch seit dem Überfall Russlands auf die (Rest-)Ukraine im Februar 2022 lässt sich letzteres kaum mehr rechtfertigen, weshalb sich Bundestag und Bundesrat u.a. zu einer Grundgesetzänderung genötigt sahen, um der Bundeswehr ein Sondervermögen in Höhe von 100 Mrd. EUR zur Ertüchtigung ihres ausgezehrten Kapitalstocks zu verschaffen. Dabei hätte eine Ausweitung der Arbeitszeiten infolge der damit steigenden Wirtschaftsleistung ebenfalls die Chance geboten, die verfügbaren Mittel für die Landesverteidigung spürbar zu erhöhen – selbst wenn sich Deutschland weiterhin nicht dazu hätte entschließen können, anteilig mehr in die Truppe zu investieren<sup>17</sup>.

Analog zur Berechnung des zusätzlichen Sozialbudgets ermöglichte eine Ausweitung der Arbeitszeiten bei gleichbleibendem Ausgabenanteil (hier wurde der Wert des Jahr 2022 unterstellt: 1,39% des BIP<sup>18</sup>) ein zusätzliches Verteidigungsbudget zwischen 3 (bei einem Arbeitszeitvolumen wie von Deutschland im Jahre 2010) und 19 Mrd. EUR (Arbeitszeitvolumen der USA). Das im Jahr 2022 beschlossene Sondervermögen wäre rein rechnerisch bereits erbracht, wenn die deutschen Erwerbstätigen 12 Jahre lang das Arbeitszeitniveau der Schweiz oder des Vereinigten Königreiches aufrechterhalten würden – ohne dass das Land auf andere Leistungen hätte verzichten müssen.

**Abbildung 9: Verteidigungsbudget im Falle einer fiktiven Arbeitszeiterhöhung: Zusätzliche Einnahmen 2022 gegenüber Ist-Wert (links) und Entwicklung seit 2000 (rechts)**



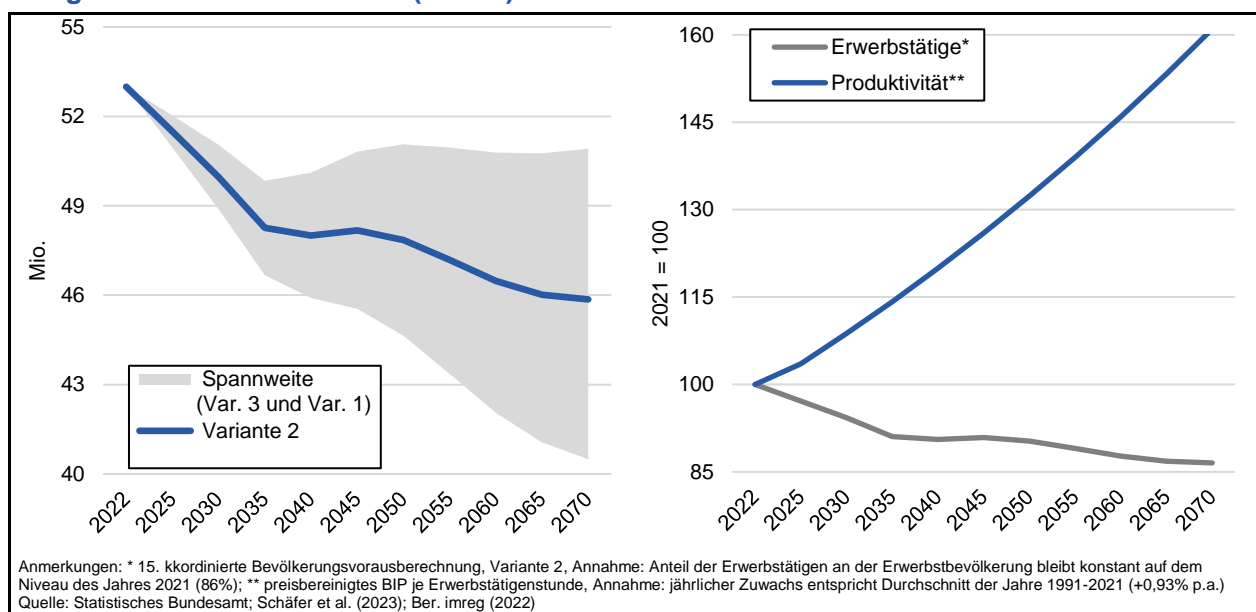
Im Unterschied zum Sozialbudget existiert mit dem „Zwei-Prozent-Ziel“ eine klar definierte und vertraglich vereinbarte Zielgröße für das Verteidigungsbudget. Da bei der Simulationsrechnung der jeweilige Anteil für Verteidigungsausgaben am BIP unverändert gelassen wurde, hätte Deutschland die Zielvorgaben somit weiterhin verfehlt. Vergleicht man jedoch die auf Basis der Ist-Werte des deutschen BIP zur Erfüllung der Bündnisvereinbarung erforderlichen Verteidigungsausgaben (dunkelgelbe Linie in Abbildung 9), wird deutlich, dass die Lücke in absoluten Beträgen erheblich kleiner hätte ausfallen können, wenn in Deutschland mehr gearbeitet worden wäre.

### ...und die Folgen des demografischen Wandels abfedern

Der demografische Wandel setzt den deutschen Sozialstaat erheblich unter Druck. Die Erwerbsbevölkerung wird gegenüber dem Niveau von aktuell rund 53,0 Mio. bis zum Jahr 2070 voraussichtlich um 13% bzw. 6,1 Mio. Personen schrumpfen<sup>19</sup>. Damit läge der durchschnittliche Rückgang mit -0,3% p.a. zwar geringer als der im Folgenden angenommene Zuwachs der Produktivität von

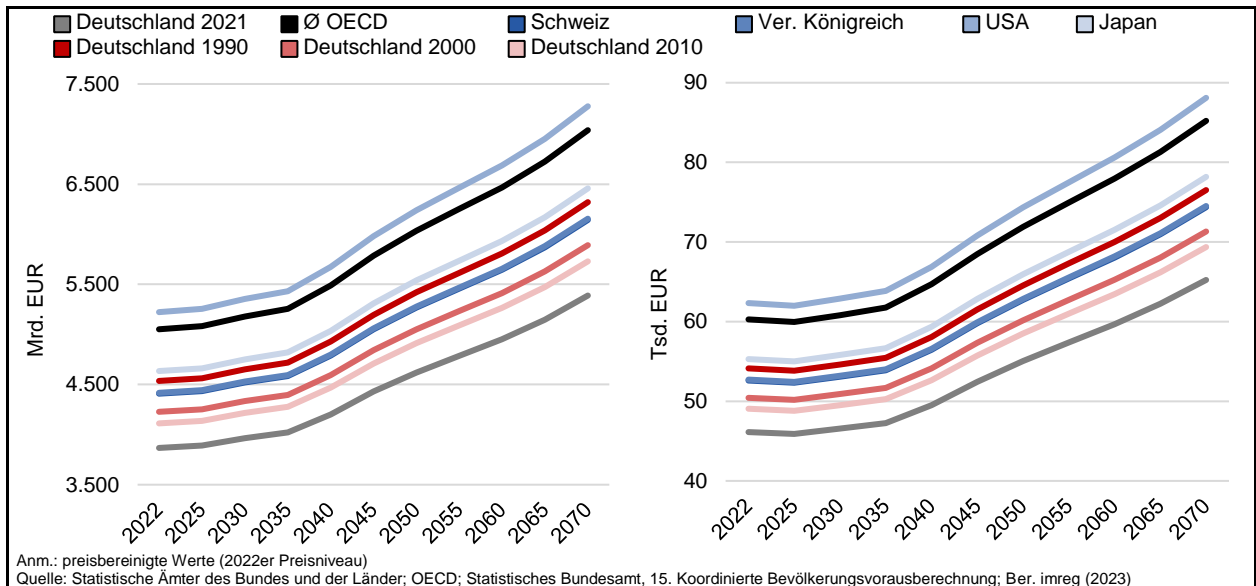
0,99% p.a.<sup>20</sup>, wodurch die Wirtschaftsleistung – bei gleichbleibender Arbeitszeit – insgesamt trotzdem weiter zunehmen würde. Allerdings ist zum einen nicht gesichert, ob sich der Zuwachs des technischen Fortschritts dauerhaft auf diesem Niveau halten lässt. Zum anderen verändert sich die Verteilung des generierten Einkommens, denn wenn aktuell 58 Nicht-Erwerbspersonen (< 20 Jahre und älter als 67 Jahre) auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen, wird dieser Wert bis 2070 je nach Szenario auf 76 bis 84 ansteigen.

**Abbildung 10: Prognose der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (links) sowie der Erwerbstätigen und der Produktivität (rechts)**



Legt man die o.g. Prognosen der Erwerbsbevölkerung sowie die Annahmen zur Produktivität unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitszeitniveaus zugrunde, lässt sich das BIP insgesamt bzw. je Einwohner bis zum Jahre 2070 prognostizieren. Dabei wird deutlich, dass Deutschland beim niedrigen gegenwärtig Arbeitsvolumen teils noch Jahrzehnte benötigen würde, um die Wirtschaftsleistung (je Einwohner) zu erreichen, die bereits heute bei längeren Arbeitszeiten möglich wäre. Beispielsweise könnte mit dem Schweizer Arbeitsvolumen (1.529 Stunden) bereits heute ein BIP in Höhe von 4.435 Mrd. EUR bzw. rund 52.300 EUR je Einwohner erwirtschaftet werden. Diese Werte würden mit der aktuellen Arbeitszeit (1.341 Stunden) infolge des Produktivitätsanstiegs (+0,99% p.a.) in Kombination mit der rückläufigen Erwerbsbevölkerung (-0,41% p.a. bis zu diesem Zeitpunkt) voraussichtlich erst um das 2045 erreicht. Wird das durchschnittliche Arbeitsvolumen der OECD-Staaten im Jahre 2022 (1.752 Stunden) zugrunde gelegt, würde die resultierende Wirtschaftsleistung (5.082 Mrd. EUR bzw. rund 60.000 EUR je Einwohner) bei Beibehaltung der Ist-Arbeitszeit erst 2070 (BIP gesamt) bzw. 2065 (BIP je Einwohner) erreicht.

**Abbildung 11: Prognose des Bruttoinlandsprodukts gesamt (links) und je Einwohner (rechts)**



**Tabelle 1: Prognose Bruttoinlandsprodukt bei Ist-Arbeitszeit (DE 2022)**

Jahr	Bruttoinlandsprodukt		nachrichtlich: Einwohner	
	Gesamt	je Einwohner	Gesamt	dar. im erwerbsfähigen Alter
	Mrd. EUR	EUR	Mio.	Mio.
2022	4.112	49.100	83,80	52,99
2025	4.137	48.800	84,76	51,49
2030	4.216	49.500	85,15	49,96
2035	4.277	50.300	85,08	48,26
2040	4.468	52.700	84,85	48,00
2045	4.710	55.800	84,47	48,18
2050	4.914	58.500	83,96	47,86
2055	5.088	61.000	83,40	47,19
2060	5.264	63.500	82,94	46,48
2065	5.474	66.200	82,70	46,02
2070	5.729	69.400	82,60	45,86

**Tabelle 2: Zeitraum, ab dem Prognose Bruttoinlandsprodukt bei Ist-Arbeitszeit (DE 2022) fiktiven Wert 2022 übertrifft**

Arbeitszeitvolumen	Bruttoinlandsprodukt	
	Gesamt	je Einwohner
Ø OECD	2070	2065
Schweiz	2045	2045
Ver. Königreich	2045	2045
USA	2070	2070
Japan	2050	2050
Deutschland 1990	2045	2050
Deutschland 2000	2040	2045
Deutschland 2010	2030	2040

Anm.: preisbereinigte Werte (2022er Preisniveau); BIP je Einwohner gerundet auf ganze Hundert  
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; OECD; Statistisches Bundesamt, 15. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung; Ber. imreg (2023)

## Fazit: Die Stellschrauben für mehr Wohlstand und zur Bewältigung des demografischen Wandels müssen konsequent genutzt werden

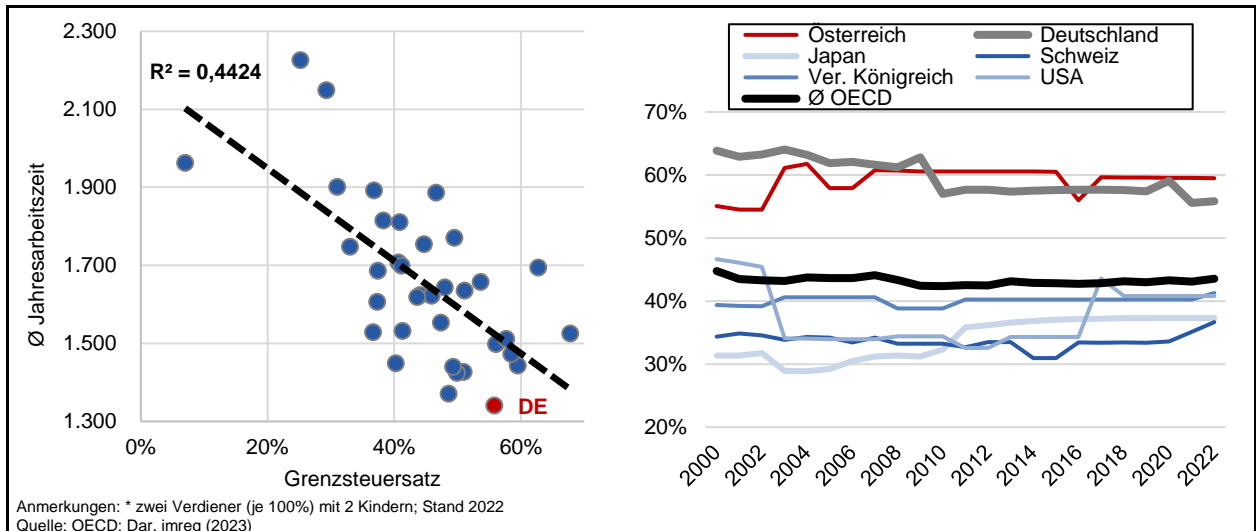
Die positive Botschaft der Analyse lautet: Deutschland verfügt noch über erhebliche wirtschaftliche Reserven, die bei einer Erhöhung der Arbeitszeit ausgeschöpft werden könnten. Nicht nur ließen

sich dadurch das Wohlstandsniveau und die Kaufkraft für den Einzelnen unmittelbar spürbar steigern. Als positiver „Nebeneffekt“ würden auch Staat und Sozialsysteme neue Spielräume gewinnen, die beispielsweise für niedrigere Beitragssätze oder höhere Investitionen in dringend notwendige Infrastruktur einsetzbar wären. Zudem ließen sich die Folgen des demografischen Wandels erheblich abfedern, wenn das Arbeitsvolumen auf das Niveau anderer Länder erhöht werden würde.

Neben weiteren möglichen Stellschrauben wie einer Anhebung des Renteneintrittsalters, einer Verkürzung von Ausbildungs- und Studiendauern oder einer höheren Erwerbsbeteiligung stellt eine Arbeitszeitausweitung einen wirkmächtigen Hebel dar. Sicherlich ist die hier vorgenommene Simulation sehr stark vereinfacht und vernachlässigt Umstände, die im Einzelfall ein Hemmnis für längere Arbeitszeiten darstellen können, wie ein unzureichendes Kinderbetreuungsangebot oder Nebeneffekte, die Mehrarbeit unattraktiv machen wie der extrem hohe Grenzsteuersatz in Deutschland. Gerade letzterer stellt eine wichtige Bremse für die Bereitschaft dar, mehr zu leisten. Denn für einen Durchschnittsverdiener bedeutet ein Grenzsteuersatz von aktuell 56% bei einem Zusatzverdienst von 100 EUR im Endeffekt einen zusätzlichen Spielraum für Konsum von gerade einmal 36 EUR<sup>21</sup>, was in etwa vier zusätzlichen Arbeitsstunden entspricht<sup>22</sup>. Angesichts dieser Relation entscheiden sich viele Menschen offensichtlich eher für einen Konsumverzicht.

Dabei zeigt der internationale Vergleich, dass es einen sehr deutlichen negativen Zusammenhang zwischen der Höhe des Grenzsteuersatzes und der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit gibt (Abbildung 12). Zwar hat Deutschland den Grenzsteuersatz in den vergangenen Jahrzehnten bereits um etwa 8%-Punkte reduziert, gleichwohl bleibt das Niveau aber außerordentlich hoch und deutlich oberhalb des OECD-Durchschnitts von 44%. Die Reduktion des Grenzsteuersatzes ist damit ein wichtiger Faktor, um Mehrarbeit anzuregen. Dafür bieten sich eine Reihe von Maßnahmen an wie bspw. eine deutliche Anhebung des Grundfreibetrages, eine Abflachung der progressiven Steuersatzkurve oder auch eine gänzliche Steuer- und/oder Abgabenbefreiung ab einem vorab definierten Arbeitsvolumen (z.B. bei mehr als 40 Arbeitsstunden pro Woche), was folglich einem Grenzsteuersatz von 0% ab diesem Punkt bedeutete

**Abbildung 12: Zusammenhang zwischen Grenzsteuersatz\* und Arbeitszeit (links) und Entwicklung des Grenzsteuersatzes (rechts)**



Zu guter Letzt muss die entsprechende Arbeitsnachfrage auch vorhanden sein. Dieser Umstand war sicherlich in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu jedem Zeitpunkt gegeben, insbesondere nicht in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland, als die Arbeitslosenquoten in vielen Regionen bei deutlich über 20% lagen. Doch seit mehreren Jahren scheint dies – ungeachtet konjunktureller Schwankungen – kein bedeutendes Hindernis mehr zu sein. Das Arbeitslosen-Vakanz-Verhältnis sowie stark gestiegene Vakanzzeiten deuten eher auf einen kontinuierlichen Arbeits- und insbesondere Fachkräftemangel hin, der sich in den nächsten Jahren noch deutlich verschärfen dürfte. Insofern müssen die vorhandenen Ressourcen am Arbeitsmarkt konsequent genutzt werden.

- 
- <sup>1</sup> Vgl. Plaul, C. (2023): [Die Folgen jahrelanger Saturiertheit: Der Standort Deutschland untergräbt seine Wettbewerbsfähigkeit](#), imreg-Standpunkt, Juli 2023.
- <sup>2</sup> Vgl. ["Is Germany once again the sick man of Europe?"](#), The Economist vom 17.08.2023.
- <sup>3</sup> Die Werte ergeben sich aus den preis- und währungsbereinigten BIP-Werten (Basisjahr 2015) und den Einwohnerwerten aus der Datenbank der OECD. Das Niveau kann gegenüber anderen BIP-Aggregaten und anderen Quellen (z.B. IWF-Datenbank) abweichen, die Tendenz bleibt jedoch gleich.
- <sup>4</sup> Die Werte ergeben sich, wenn die Zahl der Jahresarbeitsstunden durch die Zahl der Arbeitstage dividiert und anschließend mit fünf multipliziert wird (für eine Arbeitswoche). Zur Vereinfachung wurde hier mit 30 Urlaubstagen pro Jahr gerechnet, so dass sich 220 Arbeitstage ergeben.
- <sup>5</sup> Laut OECD-Angaben hatte Deutschland 2022 bei den Erwerbstätigen zwischen 25 und 54 Jahren einen Teilzeitanteil von 19%, wohingegen es im Gesamtdurchschnitt nur 12% waren.
- <sup>6</sup> Vgl. Eurofound, Working Time 2021-2022. Die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit für eine Vollzeitkraft betrug 2022 in Deutschland 37,7 Stunden, während es im EU-Durchschnitt (EU-27) 38,1 Stunden waren.
- Besonders extrem ist die Diskrepanz in der Metall- und Elektroindustrie: 35,0 Stunden in Westdeutschland vs. 37,8 Stunden in der EU-27 bzw. 38 Stunden in Ostdeutschland vs. 39,6 Stunden im Durchschnitt der mittel- und osteuropäischen EU-Staaten (EU-13).
- <sup>7</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Angezeigte und realisierte Kurzarbeit (Aug 2023). Im Zuge des Ausbruchs der Corona-Pandemie explodierte die Zahl der Kurzarbeiter im Jahr 2020 auf ein bis dato nie dagewesenes Niveau von 2,9 Mio. im Jahresdurchschnitt (bisheriger Rekord aus der Zeit der Finanzkrise 2009: 1,1 Mio.). Seither lag das Jahresmittel nicht mehr niedriger als 400.000 Personen, was mehr als dem doppelten des Durchschnitts der Jahre 2010-2019 entspricht.
- <sup>8</sup> Laut OECD lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Personen mit 65 oder mehr Jahren 2022 bei 21 Stunden pro Woche, was aufs Jahr hochgerechnet nur 1.090 Stunden entspricht.
- <sup>9</sup> Vgl. Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Demnach waren zur Jahresmitte 2022 von 34,45 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1,73 Mio. älter als 60 Jahre, davon 485 Tsd. älter als 65 Jahre.
- <sup>10</sup> Die angepassten Kurven wurden mittels einer Gewichteten Linearen Regression (WLS) mit dem BIP je Einwohner als abhängiger, der Arbeitszeit sowie ihrem quadratischen (sowie ihrem kubischen) Wert als unabhängiger Variable und dem Bruttoinlandsprodukt als Gewicht ermittelt. Angepasstes R<sup>2</sup>: 0,923 (bzw. 0,118 bei kubischer Spezifikation); p-Wert der F-Statistik: 0,069 (bzw. 0,065).
- <sup>11</sup> Die Korrelation zwischen BIP je Einwohner und Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen als gängigem Indikator zur Messung der Produktivität ist extrem hoch ( $\rho = 0,92$ ).
- <sup>12</sup> Vgl. Schäfer, H.; Seele, S.; Stettes, O. (2023): Produktivität und Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich: Erkenntnisse aus drei Pilotstudien weltweit sowie Produktivitätstrends in Deutschland, Gutachten im Auftrag von GESAMTMETALL, 06.10.2023.
- <sup>13</sup> Diese ergibt sich aus den Daten zum Bruttoinlandsprodukt, der Zahl der Erwerbstätigen und der durchschnittlich jährlichen Arbeitsstunden. Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, R1B1 sowie OECD.
- <sup>14</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozialbudget 2022.
- <sup>15</sup> Dem Grundgedanken nach sollten die Sozialversicherungen eigentlich vollständig aus Abgaben der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert werden. Da sich so jedoch bei den derzeitigen Beitragssätzen eine große



---

Deckungslücke aufzutun würde, bezuschusst der Staat die Sozialsysteme bereits heute mit über 400 Mrd. EUR aus Steuermitteln, was 34% der Gesamtausgaben an Sozialleistungen entspricht und auf eine enorme finanzielle Schieflage hindeutet. Vgl. ebd.

- <sup>16</sup> Vgl. Artikel 14 der [Erklärung vom NATO-Gipfel in Wales](#) vom 05.09.2014.
- <sup>17</sup> Andere Länder sind genau diesen Weg gegangen. So hat bspw. Dänemark einen Feiertag mit Verweis auf die höheren Verteidigungsausgaben gestrichen. Vgl. „Dänemark streicht Feiertag für höhere Wehrausgaben“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.03.2023, S. 4.
- <sup>18</sup> Vgl. SIPRI, Military expenditure by country as percentage of gross domestic product, 1949-2022.
- <sup>19</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2022): 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (2021-2070).
- <sup>20</sup> Dies entspricht dem durchschnittlichen Anstieg des preisbereinigten BIP je Erwerbstätigenstunde zwischen den Jahren 2000-2022. Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, R1B1.
- <sup>21</sup> Von 100 EUR Zusatzverdienst fließen 56 EUR für Steuern und Abgaben weg. Die noch verbleibenden 44 EUR können für Konsumzwecke eingesetzt werden. Durch die erhobene Mehrwertsteuer gehen jedoch nochmals 19% an den Staat, was hier rund 8 EUR entspricht. Somit bleiben letztlich 36 EUR für den eigenen Konsum übrig.
- <sup>22</sup> Der Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) in Deutschland betrug 2022 durchschnittlich 24,77 EUR. Vgl. Statistisches Bundesamt, Verdiensterhebung.